

Kiel, 13. März 2026

## PRESSEMITTEILUNG

### 5. Städtetages des Städteverbandes Schleswig-Holstein in Neumünster

#### „Handlungsfähigkeit in der Stadt – Verantwortung im Land“

- Städteverband Schleswig-Holstein weiter in großer Sorge um Kommunal Finanzen
- Forderung nach schnellen Reformen in Bund und Land
- Personelle Neuaufstellung im Vorsitz des Städtebundes und stv. Vorsitz des Städtetages

Der Städteverband Schleswig-Holstein hat am 13. März 2026 in Anwesenheit von rd. 200 Gästen seinen 5. Städtetages unter dem Motto „Handlungsfähigkeit in der Stadt – Verantwortung im Land“ in Neumünster veranstaltet.

Im Mittelpunkt des Programms stand die dramatische Finanzlage der Kommunen.

Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende des Städtetages Schleswig-Holstein, **Anna-Katharina Schättiger**, Stadtpräsidentin der Stadt Neumünster, in der die Leistungen des kommunalpolitischen Ehrenamtes in schwierigen Zeiten besonders gewürdigt wurden, stellte der ehemalige Ministerpräsident des Saarlandes und Richter am Bundesverfassungsgericht a.D., **Peter Müller**, die Ergebnisse seines Gutachtens zum Grundgesetzlichen Überforderungsschutz kommunaler Selbstverwaltung vor.

Von der bundesrechtlichen Sicht kommend, trugen im Anschluss die Ministerin für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein, **Magdalena Finke**, aus der Perspektive des Landes und **Dr. Ulf Kämpfer**, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel und stv. Vorsitzender des Städtetages Schleswig-Holstein, aus der Sicht der Kommunen vor.

In der Veranstaltung wurde noch einmal die dramatische Finanzlage der Städte Schleswig-Holsteins und der Kommunen insgesamt deutlich. *„Ohne die Hilfe aller staatlichen Ebenen im Bund und im Land auf der Einnahmen- und Ausgabenseite drohen die Städte weiter an Handlungsfähigkeit zu verlieren. Soforthilfe für die Kommunen ist nötig. Allein um die drohenden Defizite in den Griff zu bekommen, müsste bspw. der Umsatzsteueranteil der Kommunen von*

derzeit rd. 2,8 % auf 12,8 % steigen“, erklärte Neumünsters Stadtpräsidentin und Vorsitzende des Städtetages **Anna-Katharina Schättiger**.

Die Städte müssen handlungsfähig bleiben und sind bereit, in vielen Feldern, bspw. des Zivil- und Bevölkerungsschutzes, neue Verantwortung zu übernehmen. Deshalb müssen für die unverschuldete finanzielle Krise der städtischen Finanzen schnell Lösungen gefunden werden. Handlungsunfähige oder auch nur begrenzt handlungsfähige Städte sind eine Gefahr für die Demokratie in Deutschland. Der gesellschaftliche Zusammenhalt hängt entscheidend davon ab, welcher Spielraum den Städten noch bleibt, um vor Ort zu gestalten. Menschen erleben den Staat in der Regel vor Ort in den Kommunen und beurteilen danach, wie handlungsfähig dieser ist. Handlungsfähige Städte sind ein Garant der Demokratie.

*„Angesichts der lahrenden Konjunkturentwicklung und der Unsicherheiten aufgrund der weltweiten Krisenherde muss die kommunale Selbstverwaltung der Bevölkerung Sicherheit vermitteln. Dazu bedarf es jetzt schneller Reformen, die zügig sichtbar machen, den Staat zu modernisieren, schlanker und effizienter zu machen“*, sagte der stv. Vorsitzende des Städtetages, Kiels Oberbürgermeister **Dr. Ulf Kämpfer**, und mahnte damit zugleich neue Formate für Gespräche mit der Landespolitik an, die grundsätzlichen Fragen der Verwaltungsstruktur und der Aufgabenverteilung in Schleswig-Holstein in den Blick zu nehmen. Hierzu gehört auch ein Bürokratieabbau, für den die kommunale Ebene in Schleswig-Holstein eine Vielzahl von Vorschlägen gemacht hat. Insbesondere in das gemeinsam mit der Landesregierung vereinbarte Projekt „Neuordnung der Finanzströme“ setzen wir Hoffnung, indem Förderverfahren mit aufwändiger Antragstellung, Antragsprüfung, Verwendungsnachweiserstellung und -prüfung durch möglichst pauschale Mittelzuweisung, bspw. über den kommunalen Finanzausgleich, ersetzt werden können.

Zudem ist es notwendig, Städte vor neuen Belastungen zu schützen und das Konnexitätsprinzip zur Anwendung zu bringen. *„Wer bestellt, muss bezahlen. Dieser Grundsatz muss sofort für alle Aufgabenübertragungen oder -ausweitungen von Bund und Ländern gelten. Ohne einen vollständigen finanziellen und dynamisierten Ausgleich dürfen keine Beschlüsse mehr gefasst werden. Dies gilt insbesondere für zustimmungspflichtige Gesetze im Bundesrat und Entscheidungen der Ministerpräsidentenkonferenz“*, sagte **Rainhard Zug**, Vorsitzender des Städtebundes Schleswig-Holstein und Bürgermeister der Stadt Glinde. Auch die Leistungsausweitungen der Vergangenheit sind darauf zu überprüfen, inwieweit diese vollständig ausgeglichen worden sind.

Bei Reformüberlegungen muss der Blick auf diejenigen Felder gerichtet werden, die Land und Kommunen gemeinsam in der Hand haben. In der föderal verantworteten Bildungspolitik sind beispielsweise die kommunal finanzierten Unterstützungssysteme für die Beschulung von Schülerinnen und Schülern in den letzten Jahrzehnten dynamisch gewachsen. *„Hier fordern die Städte, dass das Land künftig im Rahmen der Zuständigkeit für die inneren Schulangelegenheiten ein inklusives Bildungssystem etabliert und finanziert, das keine ergänzenden, kommunal getragenen Unterstützungssysteme erforderlich macht. Im Gegenzug können sich die Schulträger wieder auf ihre originäre Aufgabe für Gebäude, Hilfskräfte und Sachausstattung konzentrieren.“*, erklärte **Marc Ziertmann**, Geschäftsführer des Städteverbandes Schleswig-Holstein.

Im Rahmen des Städtetages wurden den in naher Zukunft aus den Ämtern scheidenden Vorsitzenden des Städtebundes Schleswig-Holstein, Rainhard Zug, und Dr. Ulf Kämpfer als Vorsitzender und stv. Vorsitzender des Städtetages für den jahrelangen Einsatz für die Städte gedankt. Auf der im Vorfeld des Städtetages stattgefundenen Mitgliederversammlung des Städtebundes wählten die Delegierten aus 57 kreisangehörigen Städten des Landes Schleswig-Holstein und der Gemeinden Halstenbek und Sylt als ordentliche Mitglieder im Städtebund Schleswig-Holstein sowie die Delegierten der Gemeinden Henstedt-Ulzburg, Rellingen und des Zweckverbandes Südstormarn als außerordentliche Mitglieder **Bürgermeister Stefan Bohlen**, Kaltenkirchen, mit Beginn des 01.04.2026 zum neuen Vorsitzenden des Städtebundes.

Stellvertretender Vorsitzender des Städtetages wird mit Ablauf der Amtszeit von Oberbürgermeister Dr. Kämpfer gemäß Vorstandsbeschluss des Städtetages der Bürgermeister der Hansestadt Lübeck, **Jan Lindenau**.

Verantwortlich: Marc Ziertmann  
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied  
des Städteverbandes Schleswig-Holstein